

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden  
Nr. 1268, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonten: Sächsische Staatsbank,  
Dresden, Bank f. Arbeiter, Knaack  
Häsel u. Neumann, Gb., Dresden,  
Gedruckter Knaack, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Inhalt von Erklärungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, hat der Verleger der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung

Bezugspreis mit der städtischen Unterhaltungsabgabe „Leben, Mieten, Zucht“ sowie der länderweiten Wochenabgabe „Der Sonntag“ monatlich 2,40 M., einm. 45 Pf., Bringerlohn (ohne den „Sonntag“ 2 Pf., einm. 30 Pf., Bringerlohn.) Werbung nur mit „Sonntag“ 1,50 M., zusätzlich Post- und Zubehörsgebühren.

Druckerei: Zeitungsdruck 10, Bernauerstr. Nr. 25/26. Druck-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr  
Verlagsstelle: Zeitungsdruck 10, Bernauerstr. Nr. 25/26 u. 12 707.  
Verlagszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags  
Telekomm.-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Ausgabenpreis: Die 30 mm breite Nonpareilzeile 35 Pf., die  
30 mm breite Reklamenzeile 2 M., für außerorts 40 Pf. u. 2,50 M.,  
abzüglich Preisermäßigung laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen- u.  
Wietzgebote 20 Pf. netto. Für Briefentwurf 10 Pf. einm. 10 Pf.

Nr. 149

Dresden, Dienstag, den 28. Juni 1932

43. Jahrgang

## Knechtschaft oder Freiheit!

### „Die Entscheidung liegt in eurer Hand!“

#### Deutsches Volk! Wählerinnen und Wähler!

In dem harten Ringen der Arbeiterklasse und aller  
freiheitlich denkenden Volksschichten Deutschlands gegen  
Knechtschaft und Diktatur ist der

#### 31. Juli ein Tag von entscheidender Bedeutung

Militaristen und Nationalisten nehmen einen neuen  
Anlauf, die Gewalt zu ergreifen, um sie zur Verschlagung der  
Demokratie, zur Entrechtung der breiten Massen, zu ihrer  
politischen und wirtschaftlichen Knechtung zu mißbrauchen.

Sie stützen die Regierung Brüning, nicht um etwas  
Besseres an ihre Stelle zu setzen, nicht um dem Volke in  
schwerer Zeit mehr Einfluß auf Staat und Wirtschaft zu ver-  
schaffen, sondern um es ganz auszuschließen und  
einem Kabinett des Abels, des Großgrundbesitzes und des  
Schwartzkapitals die Macht zu verschaffen.

Diese Regierung hat in ihren ersten Verlautbarungen  
dem „Wohlfahrtsstaat“ und dem „Staatssozialismus“ den  
Krieg erklärt und damit bekundet, daß ihre „grundständig  
neue Richtung der Volksherrschaft“

gegen die Volksschichten gerichtet sein soll,  
die sich in den 14 Jahren nach dem Zu-  
sammenbruch des alten Regimes die Staats-  
bürgerrechte der Demokratie und eine be-  
schränkte soziale Fürsorge errungen hatten

Die Bildung dieser volkfeindlichen Regierung wurde  
nur möglich auf den Schultern der sogenannten National-  
sozialistischen Arbeiterpartei, die durch ihre Führer Hitler  
und Göring die Tolerierung des Kabinetts Papen gegen  
gewisse Gegenleistungen versprach. Die Regierung löste auf  
ihren Wunsch den Reichstag auf, sie überließ ihnen den Rund-  
funk für ihre Propaganda, sie stellte die von Goerner ver-  
botene Privatarmee Hitlers wieder her, sie gab ihr  
das Recht, Uniform zu tragen und zu demonstrieren.

#### Sahlen aber muß das Volk!

Die Regierung Papen hat ihrer Kriegserklärung an  
den „Wohlfahrtsstaat“ sehr rasch die Tat folgen lassen in Ge-  
stalt einer neuen Notverordnung, die alle bisherigen an  
Härte weit übertrifft.

Sie hat den Opfern des Krieges, den Witwen  
und Waisen, den Opfern der Arbeit, den Judo-  
liben, den Opfern der Krise, den Arbeitslosen,  
die färglichen Renten erbarmungslos ge-  
kürzt.

Sie hat dem Beamten, dem Handwerker, dem Kauf-  
mann, dem Käufer neue Abgaben aufgebürdet. Sie hat den  
noch Arbeitenden die ganze neue Last auf-  
erlegt, den Reichen aber neue Steuererlasse gegeben.

Sie hat die Pläne zur Arbeitsbeschaffung und  
zu einer gerechten Arbeitsverteilung zu Fall gebracht.

Gegen die Laster dieser Regierung und ihre  
Stützen in der sogenannten Nationalsozialistischen  
Arbeiterpartei rufen wir zum Kampf:

Wir kämpfen für die Aufhebung der Notver-  
ordnung.

Wir kämpfen für die Erhaltung und Sicher-  
ung des Rechtes auf Arbeitslosenversiche-  
rung.

Wir wollen die Jugendlichen und die langfristigen  
Arbeitslosen vor materiellem Elend und seelischer Ver-  
wundung schützen! Sie sollen in gegenseitiger Arbeitshilfe,  
in hilfegeleiteten Betrieben für sich selbst die notwendigen Ge-  
genstände zur Vergütung ihrer Unterhaltung her-  
stellen.

Wir kämpfen für Arbeitsbeschaffung und  
öffentlichen Nutzen, für gesetzliche Verkürzung der  
Arbeitszeit auf 40 Stunden, für rasche Durchführung  
der Sicherungen, ohne dem lebensunfähigen Volksgewandte  
neue Geschenke zu machen und damit den Siedler zu belasten.

Wir kämpfen für gerechte Verteilung der Lasten nach  
der Leistungsfähigkeit. Künftig die höchsten Einkommen  
nach Maßgabe der neuen Arbeitslosenabgabe zu unterwerfen,

müssen die hohen Einkommen durch einen  
kräftigen Zuschlag zur Einkommen- und  
Körperschaftsteuer zu den Sanierungs-  
opfern herangezogen werden

Anstatt die Lebenshaltung breiter Volksschichten durch den  
Sozialabbau auf der ganzen Linie unter das Existenz-  
minimum herabzudrücken, müssen endlich die großen  
Vermögen durch eine wesentliche Erhöhung der Ver-  
mögen- und Erbschaftsteuer erfaßt werden. Anstatt den  
lebensnotwendigsten Massenverbrauch durch Salzsteuer und  
Umsatzsteuer aufs Schwerste zu belasten, muß der Luxus-  
verbrauch einer umfassenden Luxusbesteuerung unter-  
worfen werden.

Wir kämpfen aber auch für eine

#### Außenpolitik der friedlichen Verständigung

auf dem Boden des gleichen Rechtes für alle. Gleich zusam-  
mengebrochen sind alle nationalistischen Anklagen gegen die  
internationale Politik der Sozialdemokratie; denn es hat sich  
gezeigt, daß auch die Regierung Papen, die Regierung der  
„nationalen Konzentration“, über keine anderen Mittel ver-  
fügt als die von der Sozialdemokratie empfohlenen. Die  
Sozialdemokratie hat in geduldiger Arbeit die Lasten des  
verlorenen Krieges dem deutschen Volke zu erleichtern ver-  
sucht. Sie hat als erste die Forderung nach

#### Streichung der internationalen Kriegsschulden

erhoben und für diese Forderung im Interesse des deutschen  
Volkes in der ganzen Welt um Verständnis geworben. Ihre  
Politik der Verständigung mit Frankreich wurde als schlapp,  
feige, undeutsch, ja geradezu landesverräterisch hingestellt.  
Indem auch die Regierung der „nationalen Konzentration“,  
die Regierung Papen, den Weg der Verständigung mit  
Frankreich beschritt, hat sie wider Willen

#### den schamlosen Betrug der national- sozialistischen Demagogen entlarvt

Die Tätigkeit der Regierung Papen beginnt weiten  
Volkskreisen die Augen zu öffnen über die Wirkung national-  
sozialistischer Demagogie.

Berlin, den 28. Juni 1932.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

## Ernste Wendung in Lausanne

### Papen wird forsch - Herriot verbittet sich den Ton - Schluß der Debatte?

T. Lausanne, 28. Juni. (Fig. Funkbericht.)

In Lausanne ist eine Verkeifung der Situa-  
tion eingetreten. Reichskanzler von Papen war nach  
Abschluß der Sitzung mit der französischen Delegation sehr  
gereizt. Offenbar hatte man ihn in Berlin aufge-  
putzt. Seine Sprache in der Sitzung war gegenüber  
den Franzosen so prononciert „schneidend“, daß Herriot sich  
beranlaßt sah, im Namen Frankreichs Berwahrung ein-  
zulegen.

Aus den wenigen Stichworten, die der Kanzler der  
deutschen Presse abgehört hinworf, geht seine größte Ab-  
wendung von seiner bisherigen konzilianten Haltung klar her-  
vor. Er erklärte, er habe nachdrücklich darauf aufmerksam  
gemacht, daß die Konferenz die unerhörte Chance habe, die  
Friedensbedingungen wieder gutzumachen. Das System  
der Reparationen müsse verschwinden. Die deutsche Regie-  
rung werde keine Unterstützung mehr leisten, von der sie her-  
vorgeht, daß sie nicht einhalten zu können. Dafür  
habe er die Ausführungen des Finanzministers über  
das Programm des europäischen Wiederaufbaus sehr  
unerschrocken. Bei diesem Wiederaufbau werde das  
deutsch-französische Verhältnis eine ganz besondere Rolle spie-  
len. Inreß müsse aber das Vertrauen in der Welt wieder  
hergestellt werden, und dies sei in erster Linie die Aufgabe  
der Siegermächte.

Von der Seite der Franzosen wurde die deutsche Forderung zwischen  
Deutschland, England, Italien und Japan wird es ab-

hängen, ob die für Mittwoch angeordnete deutsch-französische  
Beratung das letzte Wort Frankreichs oder noch  
irgendeinen Ausweg bringen wird.

#### Deutschland will nicht mehr zahlen

Schlüssige Reparationsfrage für Frankreich unmöglich

T. Lausanne, 27. Juni. (Fig. Drahtbericht.)

Die deutsche Delegation veranstaltete am Mont-  
tag vormittag einen Presseempfang. Der Reichsfinanz-  
minister führte bei dieser Gelegenheit ungefähr folgendes aus:

Die Lausanner Konferenz sei in ihr entschei-  
des Stadium eingetreten. In der letzten gemeinsamen  
Sitzung habe Herriot gefragt, welche Vorschläge Deutschland  
nun für die Lösung der Reparationsfrage zu machen habe.  
Gleichzeitig habe er dargelegt, warum für Frankreich eine  
Streichung der Reparationen nicht möglich sei. Die  
deutsche Delegation werde jetzt nachweisen, daß die Streichung  
unbedingt notwendig sei, und zwar im Interesse  
Deutschlands und im Interesse der Welt. Dabei spielte die  
Frage die Hauptrolle, daß zu befürchten sei, die deutsche In-  
dustrie werde eine zu große Konkurrenz für die französische  
und englische Industrie werden. Gegen dieses Argument  
werde von Deutschland als Hauptargument angeführt, daß  
die Wiederherstellung des Vertrauens, die nach allgemeiner  
Meinung allein den Wiederaufbau gestatte, nur möglich sei